

Pressemitteilung

Suche nach den Schuldigen für Afrikas Armut

Bei einem Infoabend wurden Fragen zu Demokratie und Entwicklung auf dem schwarzen Kontinent diskutiert.

Münster, 29.11. 2006: Sind die Menschen in Afrika selbst für die Misere des schwarzen Kontinents verantwortlich, auf dem ein Leben in großer Armut für Millionen der Alltag ist? Oder sind die früheren Kolonialmächte und heutigen Industrieländer Schuld? Fragen, die in Münster bei einer Afrika-Veranstaltung zu den UN-Entwicklungszielen kontrovers diskutiert wurden.

Für den kongolesischen Theologen Boniface Mabanza, der beim Eine Welt Forum Münster aktiv ist, „hat sich seit der Kolonialzeit im Prinzip nichts geändert.“ Mabanza nannte unter anderem das Beispiel Angola. Der Westen habe aus Interesse am dortigen Öl die korrupte Regierung stabilisiert und etabliert. „Die Bevölkerung fragt sich derweil, wo die ganzen Ölmilliarden geblieben sind.“

Bei westlicher Entwicklungshilfe gehe es nur um Symbole, beim Welthandel um Milliarden. „Man könnte mit ihm die Armut beseitigen, wenn der Welthandel gerecht wäre“, so der Theologe. Stattdessen werde beispielsweise das UN-Ziel, die Beseitigung der schlimmsten Krankheiten wie Aids oder Malaria, mit Hilfe der westlichen Pharmaindustrie angegangen, die dabei große Profite machte. „Die UN-Entwicklungsziele sind ohne Bruch der herrschenden Wirtschaftsregeln nicht erreichbar.“

Es gab auch andere Stimmen bei der Veranstaltung „Einbahnstraßen in Afrika – Zur Entwicklung von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit.“ Die Afrikaner seien zuerst selbst verantwortlich für ihre Zukunft, meinte Atchou Essouso aus Togo, ein Mitarbeiter der Afrikanischen Union (AU), die 2002 gegründet wurde und sich zum Teil an der Europäischen Union orientiert. „Richtig ist allerdings, dass wir arm sind, weil der Westen reich ist. Wir müssen unsere Politik ganz klar ändern, und zwar in die Richtung, dass wir unsere Ressourcen selbst nutzen, statt sie von anderen ausbeuten zu lassen“, so der AU-Mann weiter.

In zahlreichen Ländern Afrikas laufen seit Anfang der 90er Jahre große Bemühungen, demokratische Mindeststandards wie freie Wahlen einzuführen. Die Demokratisierung in Togo sei seit 1989 geprägt durch die Regentschaft eines Diktators, so der Referent. Der Diktator sei zwar kürzlich verstorben, seine Leute säßen aber noch an den Machthebeln, beim Militär, dem Verfassungsgericht und im Parlament.

„Reformprozesse hinsichtlich Verfassung, politischer Willensbildung und Beteiligung der Zivilgesellschaft sind von den internationalen Geberländern nicht angestoßen worden“, kritisierte Atchou Essouso. „In Namibia hat die Bundesregierung hingegen zehn Jahre lang die Ausbildung von Führungskräften gefördert.“

Die Afrika-Veranstaltung war Teil der Informationsreihe „Keine Ausreden – Handeln jetzt“, mit der die Stadt Münster, das Eine Welt Forum Münster und Vamos e.V. auf die „UN-Entwicklungsziele als Herausforderung für Münster“ aufmerksam machen. Gefördert wird die Reihe durch das Land Nordrhein-Westfalen über die InWEnt GmbH.